

Bericht des Kreisvorstandes über seine Arbeit von Oktober 2009-Oktober 2011 und Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren Gäste,

vor wenigen Tagen haben der Bundestag und der Bundesrat der sogenannten Aufstockung des Euro-Rettungsschirms mehrheitlich zugestimmt. Die Fraktion der LINKEN hat dagegen gestimmt, denn dieser Euro- Rettungsschirm wird die Krise nicht lösen, allenfalls hinaus zögern. Drei der 17 Staaten der europäischen Währungsunion stehen bereits unter dem Schirm. Weitere Staaten sind bereits in Bedrängnis. Es wird also keine Ruhe geben.

Was soll nun der Rettungsschirm bewirken? Die Krisenstaaten bekommen Kredite aus dem Rettungsfonds, damit wird ihr Bankrott vermieden, aber auch ein Dominoeffekt aus Banken, Unternehmens- oder weiteren Staatspleiten. Der Rettungsfonds übernimmt so immer mehr Staatsschulden. Solange die Kredite zurückgezahlt werden, ist das ja in Ordnung, denn die Staaten zahlen Zinsen auf diese. Kommt es aber zum Zahlungsausfall, müssen die Steuerzahler dafür gerade stehen. Es gibt deshalb harte Auflagen. Die Staaten werden zu einer Schocktherapie gezwungen, statt einen langfristigen Sanierungskurs zu fahren. Die Folge ist das zwar die Profite der Finanzmafia abgesichert werden, aber die eigentliche Krise sich nicht auflösen kann, Die LINKE dagegen fordert übrigens nicht erst jetzt sondern schon vor Jahren. Spekulationsgeschäfte verbieten und die Banken unter öffentliche Kontrolle stellen Es muss Steuergerechtigkeit geschaffen werden und es müssen die Verursacher von Krisen zahlen. Statt Banken zu retten, Finanzmärkte zu regulieren und die Bevölkerung für Spekulationsgeschäfte haften zu lassen. Die Reichen müssen zur Kasse gebeten werden und ihren Anteil zur Krisenbewältigung beitragen. Denn privater Reichtum und öffentliche Armut sind zwei Seiten derselben Medaille. Es kann doch nicht sein, dass es in Deutschland ein Privatvermögen von 8 Billionen Euro gibt und wir eine Staatsverschuldung von 2 Billionen Euro haben. Die Vermögenssteuer muss also schleunigst her. Selbst die davon Betroffenen haben dies schon festgestellt. Warum also tut die Regierung nicht den Schritt in die richtige Richtung.

In unserer Partei gibt es 6 Lösungsansätze für die Weltwirtschaftskrise:

1. Löhne, Renten und Sozialleistungen müssen deutlich und real steigen, damit es steigende Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen gibt.
Nur wenn die Kaufkraft der Menschen in Deutschland, Europa und den USA wieder zunimmt, kann auch die Wirtschaft wieder angekurbelt werden. Wenn alle sparen dann kommt der Kreislauf zum stehen.
2. Die Macht der Finanzmärkte und Spekulanten über die Politik muss gebrochen werden. Die Kreditversorgung der Staaten soll auf eine öffentliche europäische Bank übertragen werden. Die Geldversorgung der Bevölkerung und der Realwirtschaft würde durch ein System von Sparkassen und Genossenschaftsbanken gestützt. Diese Banken dürfen mit dem Geld der Bevölkerung nicht an der Börse handeln.
3. Die Profiteure der Krise müssen zur Kasse gebeten werden. Dafür sollen eine europaweite Vermögensabgabe, eine höhere Einkommenssteuer bei den Besserverdienern, eine Bankabgabe und die gerechte Besteuerung von Kapitaleinkünften sorgen.
4. Zur Finanzierung der Europäischen Union muss eine Finanzaktionssteuer auf alle Geldgeschäfte an den Börsen erhoben werden.
5. Wir brauchen gleiche, gerechte Bedingungen für Wirtschaft, Steuern und Sozialpolitik in der gesamten Eurozone. Sonst können sich einige Staaten durch Lohndumping einen Wettbewerbsvorteil sichern und andere Staaten geraten in den Bankrott.
6. In Europa muss in Infrastruktur, Umwelt und Bildung investiert werden. Nur durch eine Politik des realen Aufschwungs werden auch die derzeitigen Krisenstaaten in der Lage sein, ihre Verschuldung abzubauen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

bis jetzt habe ich nur über die große Politik geredet. Kehren wir zurück zu uns und unserer Parteiarbeit. Hier wo wir angetreten sind etwas zu bewegen. Unser alter und neuer Landesvorsitzender Matthias Höhn hat auf dem Landesparteitag am 24./25.9.11 in Magdeburg festgestellt, die LINKE kann und muss in der realen Politik ihre Rolle übernehmen. Wir müssen zu grundsätzlichen Fragen den Dialog führen woher wir kommen und wohin wir wollen. Ein gutes Beispiel dafür ist die derzeitige Programmdebatte. Wenn wir die Welt verändern wollen, müssen wir auch mit ihr im Kontakt bleiben. Gerade in dieser Debatte zeigt sich die Unterschiedlichkeit in linker Politik. Aber auch hier gilt das Ziel nämlich eine linke Volkspartei zu sein, darf nicht vergessen werden. Manchmal wird mir dabei etwas Angst. Was meine ich? Haben wir vergessen was ein innerparteilicher kulturvoller Umgang miteinander ist? Bitte versteht mich nicht falsch, ich möchte nicht das ein offener Dialog über eingeschlagene Wege, Sichtweisen auf bestimmte Dinge, Ziele, die es zu erreichen gilt nicht unterschiedlich beleuchtet werden können, ausbleibt. Dies wäre Grund verkehrt, aber wie sagt man - der Ton macht die Musik. Wir müssen auch nicht in jedem Detail einer Meinung sein, uns muss das Ergebnis wieder einen. Genossen, unser Problem ist, wir wirken derzeit nach außen zerstritten. Auf Wähler, Sympathisanten und sogar auf einen Teil unserer Genossen macht das den Eindruck, es wird sich nur mit sich selber beschäftigt. Auch wir als Mitglieder der

unterschiedlichsten Parteigremien haben nur zu tun, Erklärungen zu suchen bzw. um Verständnis für das eine oder andere zu ringen. Stets haben wir versucht dies auch an die Verursacher weiter zugeben. Dazu hatten wir Vorstandsmitglieder genügend Gelegenheiten. Nahmen wir doch bundesweite Konferenzen in Kassel oder Hannover wahr, besuchten Beratungen mit den Kreisen in Magdeburg, Dessau u.a. Doch auf alle unsere Fragen erhielten wir nicht immer eine plausible Antwort. Ich möchte deshalb auch auf einen Artikel im ND vom letzten Wochenende verweisen, wo Gregor Gysi sehr treffend zu dem Zustand in unserer Gesamtpartei Stellung bezieht. Nun weiß ich ja, nicht alle sind Abonnenten des ND. Vielleicht kann man das ändern oder man sucht nach anderen Möglichkeiten des Wissenserwerbs. Tauscht die Zeitung aus, trifft euch in kleinen Runden oder kommt ins Wahlkreisbüro zum Lesen. Dort gibt es auch noch viele andere Materialien, die man studieren oder auch einfach mitnehmen kann. Sie sollten zur Verbreitung unserer Ideen und Vorschläge genutzt werden. Die Menschen wollen auch außerhalb von Wahlzeiten etwas von uns hören. Das ist eine Möglichkeit, die noch viel zu wenig praktiziert wird. Der eigenen Aufklärung hilft es auf jeden Fall.

Im Oktober 2009 unmittelbar nach dem hervorragenden Abschneiden unserer Landespartei bei der Bundestagswahl fand die Wahl des Kreisvorstandes statt. 11 Mitglieder unseres Kreisverbandes nahmen die Funktion eines Kreisvorstandsmitglieds an. Mit den Sprechern Uwe Loos, Harald Friebel und Birgit Kaaden sowie unserem Schatzmeister Dieter Lindig gingen Christina Willam, Marion Michel, Grit Winkler, Katrin Hermann, Petra Dalum, Henry Krüger und Jörg Schindler daran die vielfältigen Aufgaben der Partei in unserem Kreis zu lenken und zu leiten. Die größte Herausforderung war dann auch schon die Landtagswahl 2011 frühzeitig vorzubereiten. Hatten wir uns doch vorgenommen, mit einem eigenen im Wahlkreis lebenden und bekannten Landtagskandidaten ins Rennen zu gehen. Mit Dolores Rente hatten wir zwar eine Landtagsabgeordnete vor Ort und wir sind ihr heute noch dankbar, dass sie damals nach Wittenberg gekommen ist. Über eine große Strecke der Zeit waren alle Beteiligten auch trotz aller Schwierigkeiten um eine gute Zusammenarbeit zum Wohle unserer Ideen und Ansprüche bemüht. Besonders dem Agieren der verschiedenen kommunalen Fraktionen und dem unermüdlichen Einsatzes der Wahlkreismitarbeiterin Christina Willam war es zu verdanken, dass Dolores auch im Landkreis in das politische Geschehen eingreifen konnte. Aber für uns stand immer fest, zur nächsten Wahl suchen wir wieder einen Kandidaten aus unseren Reihen. Frühzeitig nahmen wir deshalb auch den Auftrag des Landesvorstandes der LINKEN Sachsen-Anhalt an, die Kreiswahlstrukturen festzulegen. Es wurden erst inhaltliche Schwerpunkte angedacht und diskutiert. Bald hatten wir mit Uwe Loos einen eigenen Kandidaten für den Wahlkreis 24 gefunden. Nach reiflicher Überlegung trat Dolores Rente im Wahlkreis 25 als Direktkandidatin an und erhielt auch dort alle Unterstützung. Da sie näher in ihren Wahlkreis wollte und sie sich nicht genug unterstützt sah von uns, kündigte sie das Wahlkreisbüro in Wittenberg mitten im Wahlkampf auf. Als Kreispartei standen wir nun vor dem Problem unsere Heimstatt zu verlieren. Gemeinsam mit dem Landesvorstand konnten wir eine Lösung finden, die uns in unserem Wahlkampf sehr geholfen hat, Viele Gespräche und Verhandlungen wurden von einzelnen Genossen im Hintergrund geführt, denn wir wollten unser Ziel, mit dem eigenen Kandidaten in den Landtag zu kommen, nicht gefährden. Wenn auch unsere Landespartei das selbst gesteckte Ziel

stärkste Partei zu werden nicht erreicht hat, so hat sie doch ein stabiles Ergebnis erzielt. Trotz Pannen im Wahlkampf wie z.B. schlecht aufgehängte Plakate hat der Kreisverband der LINKEN sein Ziel erreicht.

Überglücklich waren wir, als es hieß es ist geschafft - Uwe Loos sitzt im Landtag. Alle Sorgen und Mühen waren vergessen. Nochmals Danke an alle, die dazu beigetragen haben und nicht zu Letzt an Uwe selbst. Der Zuspruch aus der gesellschaftlichen Öffentlichkeit zu seiner Neueröffnung des Büros hat uns gezeigt wir haben es richtig gemacht.

Außerdem war da noch die Gemeindegebietsreform, die umfangreiche Veränderungen im Landkreis brachte. Die Landschaft kommunaler Parlamente hatte sich drastisch verändert. Etliche Neuwahlen standen an. In der neuen Stadt Oranienbaum/Wörlitz gelang es Uwe Zimmermann das Mandat des Bürgermeisters zu erlangen. Dies war auch ein Erfolg für die LINKEN des Kreises Wittenberg und vor allem für ihn selbst. Zeigte es doch, dass seine bisherige Arbeit als Bürgermeister von Oranienbaum anerkannt wurde. An dieser Stelle möchten wir ganz besonders mal die Leistungen unseres linken Landrates Jürgen Dannenberg sowie der beiden hauptamtlichen Bürgermeister Harry Rußbült u. Uwe Zimmermann würdigen. Ich glaube keiner hier im Saal weiß welche großen Anstrengungen sie tagtäglich vollbringen müssen. Es gab aber auch einige weniger gute Veränderungen für uns. Vorher eigenständig agierende Gemeindevertretungen waren jetzt nur noch Ortschaftsräte. Ein herber Schock für so manchen linken Politiker. Vieles war im Umbruch und es gab Fragen über Fragen. Antworten waren nicht immer für alle befriedigend. Gemeinsam suchten wir nach Lösungen. Im Arbeitsplan des Kreisvorstandes nahmen wir uns vor alle Ortsverbände zu besuchen und gegebenenfalls vor Ort Hilfe zu geben. Wir waren in Jessen, Coswig, Oranienbaum, Wittenberg und Gräfenhainichen überall wurden wir gut aufgenommen. Auch ins Gespräch sind wir gekommen, aber oft waren wir noch die, die Rede und Antwort stehen mussten für Dinge, die nicht in unseren unmittelbaren Wirkungskreis fielen. Trotzdem sollte der Kreisvorstand diese Besuche beibehalten und mit der Zeit stellt sich ein gegenseitiges Nehmen und Geben ein.

Auch in diese Zeit fällt die Programmdebatte der LINKEN in Deutschland. Es wurde ein erst Entwurf vorgelegt, der verbunden war mit dem Aufruf in eine breite Debatte zu treten. Schon bald zeigte sich, dass es in wesentlichen Punkten harte Kritik gab. Viel konnte und wurde auch diskutiert. Auch wir besuchten und organisierten Konferenzen dazu. Manchmal hätten wir uns mehr Interesse an diesem spannenden Thema gewünscht. Inzwischen gibt es einen neuen Entwurf, der nun auf dem kommenden Bundesparteitag in Erfurt verabschiedet werden soll. Auf dem letzten Landesparteitag in Magdeburg warb Matthias Höhn für diesen neuen Entwurf mit folgenden Worten;

Ich zitiere- der vorliegende überarbeitete Programmtext ist ein Spiegelbild unserer Partei in ihrer Vielfalt, ihrer differenzierten Geschichte, ihren unterschiedlichen Hoffnungen und Erwartungen an Politik und er zeigt, wo unsere Defizite liegen, wo wir inhaltlich besser und überzeugender werden müssen.

Komme ich nun zur Arbeit mit den Fraktionen in den kommunalen Parlamenten. Stets war der Kreisvorstand informiert über die Themen unserer Abgeordneten, denn in den ständigen

Tagesordnungspunkten unserer aller 4 Wochen stattfindenden Sitzung berichteten Vorstandsmitglieder über die Arbeit der Fraktionen aus eigenem Erleben, da sie auch Abgeordnete sind oder durch Teilnahme von Mitgliedern an Fraktionssitzungen. Eine besonders gelungene Sache war auch ein Treffen gewählter Abgeordneter der LINKEN des Kreises auf Einladung der Kreistagsfraktion und des Vorstandes im Frühjahr zu Kommunalpolitischen Fragen. In offener und schöpferischer Atmosphäre wurden Sachthemen und Sichtweisen erörtert. Einhelliger Beschluss des Tages war, sollten wir öfters tun. Es wird am 12. November die nächste Runde geben. Ein jeder von uns weiß, Erfahrungsaustausch ist wichtig. Besonderer Dank geht hier an Horst Dübner und unseren Landrat Jürgen Dannenberg für die Gestaltung der ersten Runde. Schön wäre es noch, wenn es uns gelingen würde noch mehr Abgeordnete einzubeziehen. Wenn wir auch nur noch 1 Kreistagsfraktion und 8 Stadtratsfraktionen haben im Kreis, gibt es ja auch noch die Ortschaftsräte. Gerade sie brauchen die Unterstützung der Fraktionen. Oft sind die Wege weit, man fühlt sich machtlos und ist oft Einzelkämpfer. Hier müssen wir unsere Aktivitäten verstärken. Aber nicht nur von Seiten der Vorständler sondern auch von den einzelnen Akteuren, Ein bejammern der Situation ist nicht hilfreich.

Auf dem letzten Landesparteitag wurde noch etwas sehr deutlich. Unsere Landtagsfraktion hatte zum Ende der letzten Legislaturperiode eine Reihe von Konzepten entwickelt, die jetzt in politische Vorhaben einfließen. In den insgesamt 9 Konzepten hat sie für die am stärksten öffentlich debattierten Probleme unseres Landes Strategien aufgezeigt, die auf ein sozial gerechteres und zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt gerichtet ist. Aber wer kennt sie?

Hier beginnt das Problem. Lassen wir schon diese Konzepte in unsere kommunale Arbeit vor Ort einfließen, um dort mal mit Fachleuten und Interessierten ins Gespräch zu kommen? Sicherlich noch nicht ausreichend genug. (benennen aus Rede W. Gallert)

Vielleicht können sie uns auch helfen zu überzeugen oder sogar zur Mitarbeit in unserer Partei bewegen. Ihr kennt unser großes Problem der Mitgliedergewinnung. Es ist unübersehbar wir altern zusehend. Eine logische Folge ist dann wir werden weniger. Zurzeit sind wir im Kreisverband 327 Mitglieder. Allein im letzten halben Jahr hatten wir 15 Abgänge. Davon sind 9 verstorben, 5 ausgetreten und 1 verzogen. Wobei die Austritte sich nicht auf Unstimmigkeiten mit unserer Partei beziehen sondern auch im Alter und in der Gesundheit zu suchen sind. Der Durchschnittsbeitrag im Kreisverband liegt bei 13,54 €. Da haben wir in diesem Jahr eine leichte Steigerung erreicht. Anders sieht es bei den Spenden aus. Mit derzeit 4138 € liegen wir unter unserer eigenen Planung. Dafür gibt es bestimmte Gründe. Was mir und den anderen Vorstandsmitgliedern weniger klar ist, warum es nur 88 von 327 sind, die etwas spenden. Hier sollten wir nach Lösungen suchen und vielleicht auch nach neuen Wegen. Danke sollten wir an dieser Stelle besonders unseren Mandatsträgern sagen für ihre Spendenbereitschaft.

Der Kreisverband Wittenberg hat auch in diesem wie in den letzten Jahren auch schon pünktlich alle Verbindlichkeiten beim Landesvorstand beglichen. Einer der dabei immer den Überblick behält ist unser Schatzmeister Dieter Lindig. Ihm gebührt dafür unser besonderer Dank. Fast unbemerkt hat sich in den letzten 2 Jahren auch viel im Bereich Finanzen

verändert. Dieter hat sich immer mit den Neuerungen beschäftigt und sie angenommen. Für den gesamten technischen Kram wie online-Banking u.a. hat er sich Unterstützung geholt. Auch in seinem Namen möchte ich dafür Christina Willam und Renate Bauer danken. Gleichzeitig möchte wir beide bitten es weiter zu tun.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Strukturentwicklung und politische Bildung sind noch ein paar Reizwörter, wo wir es in den letzten Jahren nicht geschafft haben weiter zu kommen. Um jeden Genossen auch in unserer Arbeit zu erreichen, müssen wir Strukturen verändern bzw. neue Formen der Verständigung finden. Auch Jugend verschrecken wir eher mit unseren herkömmlichen Zusammenkünften. Dieser Aufgabe sollte sich der neue Vorstand unbedingt verstärkt annehmen.

Was die eigene politische Weiterbildung angeht, so wurden schon kleine Anfänge gemacht. Nennen möchte ich hier das Diskussionspapier für Basisgruppen angeboten von Dr. Peter Zollner und anderen zu wichtigen politischen Fragen. Ebenfalls das Offene Büro war ein Angebot. Beides wurde nicht so angenommen. Es ist zu klären, was anders zu gestalten ist oder ob es völlig neu durchdacht werden muss. Gleiches gilt für das eigenständige Setzen von politischen Themen. Zu sehr haben uns Wahlkampf, Querelen in der Gesamtpartei, Programmdebatte und das Suchen nach Personen für Ämter und Funktionen von unserer gestalterischen Arbeit abgelenkt. Ich möchte nicht missverstanden werden auch dies war alles wichtig, interessiert den Bürger mit seinen Problemen nicht wirklich. Gemeinsam werden wir festlegen, welche politischen Themen wir vor Ort verstärkt besetzen wollen. Ein Blick in die letzten Wahlprüfsteine ist da sicher hilfreich. Die nächsten Kommunalwahlen sind nicht so weit weg.

Ein anderes Anliegen ist das breitgefächerte Hineingehen in die Gesellschaft. Dazu benötigen wir Verbündete in Vereinen und Verbänden, in Gewerkschaften und Aktionsbündnisse dazu sind Kontakte zu suchen. Das ist kein Neuland für uns. So mancher wird sagen, dies tue ich doch schon. Richtig, es gelingt uns aber noch nicht genug den gesamten Kreisverband daran teilhaben zu lassen. Auch dort müssen wir mit unseren Konzepten und Ideen wahrgenommen werden.

Nachdenken sollten wir über Organisation von Festen zB. für Kinder und Aktionen. Selbst das Einladen von Ehrenamtlichen zum Austausch von Gedanken oder Sorgen wäre eine Option.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich komme nun zum Schluss im Bewusstsein hier nicht alles der letzten 2 Jahre aufgezeigt zu haben. Wichtiger ist mir einige Anregungen zur Diskussion und zur weiteren Umsetzung gegeben zu haben.

Ganz zum Schluss möchte ich mich im Namen aller Sprecher bei den Kreisvorstandsmitgliedern, Fraktionsmitgliedern der verschiedenen Parlamente, den Ortsvorständen und den besonders aktiven Mitgliedern für die geleistete Arbeit bedanken. Bei den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern bedanken wir uns besonders und wünschen ihnen für ihre anderen Tätigkeiten viel Erfolg.